

## Informationsbogen

Bitte beachten Sie: Die nachfolgenden Angaben dienen ausschließlich einer effizienten Kommunikation im Rahmen unseres Mandatsverhältnisses. Ein solches Mandatsverhältnis kommt erst durch unsere ausdrückliche Annahmeerklärung zustande.

Bitte informieren Sie uns über jede eintretende Veränderung Ihrer Daten im Laufe unserer Zusammenarbeit. Ihre Daten werden vertraulich behandelt und unterliegen der anwaltlichen Schweigepflicht.

### Ihre Daten

Vorname \_\_\_\_\_ Geburtsdatum \_\_\_\_\_  
Nachname \_\_\_\_\_ Geburtsort \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_ Geburtsname \_\_\_\_\_  
PLZ, Ort \_\_\_\_\_ Familienstand \_\_\_\_\_  
Telefon/Mobil \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_  
E-Mail \_\_\_\_\_ Staatsangehörigkeit \_\_\_\_\_

Ich bin vorsteuerabzugsberechtigt  Ja  Nein

### Kommunikation

Ich wünsche die Kommunikation in allen mandatsbezogenen Belangen ausschließlich per:

- E-Mail (unsicher)  Post  Fax (\_\_\_\_\_)
- E-Mail (verschlüsselt, OpenPGP) – meinen Schlüssel übersende ich an: [key@recht-rosin.de](mailto:key@recht-rosin.de)

### Mandatsbedingungen und Datenschutz

Folgende Unterlagen habe ich erhalten und erkläre mein Einverständnis mit deren Inhalt:

- Mandatsbedingungen  Hinweise zur Datenverarbeitung

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## Vollmacht

In dem Rechtsstreit

---

bevollmächtige ich Herrn Rechtsanwalt Timm Rosin.

Die Vollmacht erstreckt sich auf

- alle den Rechtsstreit betreffenden Prozesshandlungen inklusive Widerklage,
- die Rechtsmitteleinlegung, -begründung, -verzicht und -rücknahme,
- die Bestellung eines Unterbevollmächtigten,
- die Beilegung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht, Anerkenntnis, Klagerücknahme oder Erledigungserklärung,
- den Empfang zu erstattender Kosten,
- Nebenverfahren wie Arrest, einstweilige Verfügung, Zwangsvollstreckungsverfahren, Kostenfestsetzung sowie Hinterlegung,
- die außergerichtliche Vertretung,
- den Empfang und die Freigabe von Zahlungen sowie sonstigen Leistungen und auf
- Akteneinsicht.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

## Entbindung von der anwaltlichen Schweigepflicht

In dem Rechtsstreit

---

entbinde ich Herrn Rechtsanwalt Timm Rosin gegenüber

- Vertretern und Rechtsanwälten der gegnerischen Partei,
- möglichen Zeugen und
- sonstigen Auskunftspersonen

von der anwaltlichen Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

Mir ist bekannt, dass ich diese Entbindungserklärung jederzeit widerrufen kann.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

# Mandatsbedingungen

## I. Einleitung

Für alle von der Kanzlei Recht Rosin – Rechtsanwalt Timm Rosin, Groner Str. 3, 37073 Göttingen (nachfolgend: Kanzlei) übernommenen Mandate gelten die nachfolgenden Mandatsbedingungen (MB). Die MB bilden die Grundlage und sind Bestandteil des Anwaltsvertrages. Die MB gelten für das Vertragsverhältnis zwischen der Kanzlei und ihren Mandanten und Mandantinnen (nachfolgend ohne Rücksicht auf Genus oder Numerus: Mandant).

## II. Gebührenhinweis

Die anfallenden Rechtsanwaltsgebühren richten sich nach dem Gegenstandswert, es sei denn, es wurde eine Vergütungsvereinbarung getroffen. Es wird darauf hingewiesen, dass in arbeitsgerichtlichen Streitigkeiten außergerichtlich sowie in der ersten Instanz kein Kostenerstattungsanspruch besteht. In solchen Verfahren trägt unabhängig vom Ausgang jede Partei ihre Kosten selbst. Dies gilt grundsätzlich auch für Kosten in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

## III. Mandatsverhältnis und -gegenstand

Ein Mandatsverhältnis entsteht nicht bereits durch eine Anfrage, das Zusenden von Unterlagen oder eine Auftragserteilung durch den potentiellen Mandanten, sondern erst durch die ausdrückliche Annahme durch die Kanzlei. Die Kanzlei ist berechtigt, Mandatsaufträge abzulehnen. Einer Ablehnung steht es gleich, wenn keine ausdrückliche Annahmeerklärung durch die Kanzlei abgegeben wird.

Gegenstand des Mandatsverhältnisses ist das Tätigwerden der Kanzlei im vereinbarten Umfang, nicht hingegen ein konkreter rechtlicher oder wirtschaftlicher Erfolg. Die Beratungs- und Vertretungsleistungen der Kanzlei beziehen sich ausschließlich auf das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Steuerrechtliche Belange werden durch die Kanzlei nicht geprüft. Bei einem Auftrag zur Erstellung von Vertragswerken ist der einmalige Erfolg geschuldet (die Erstellung), nicht hingegen die fortlaufende Pflege oder Anpassung.

Die Kanzlei ist zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen nur dann verpflichtet, wenn diese einen entsprechenden Auftrag erhalten und diesen ausdrücklich angenommen hat.

## IV. Verschwiegenheit

Die Kanzlei unterliegt der anwaltlichen Schweigepflicht bezüglich des Mandatsverhältnisses zeitlich unbegrenzt. Soweit es unvermeidbar ist, dass Dritte von einzelnen personenbezogenen Daten des Mandanten Kenntnis erlangen, verpflichtet die Kanzlei diese gesondert zur Verschwiegenheit. Der Mandant erklärt hierzu sein Einverständnis.

## V. Kommunikation

Die unidirektionale Kommunikation in mandatsbezogenen Belangen erfolgt ausschließlich auf dem vom Mandanten im Informationsbogen gewählten Weg. Der Mandant kann diesen Weg jederzeit nachträglich neu definieren. Der Mandant ist sich des Umstandes bewusst, dass der Übertragungsweg der unverschlüsselten E-Mail nicht sicher ist.

Die Kanzlei bietet ausdrücklich auch die Kommunikation mittels verschlüsselter E-Mail (OpenPGP) an.

## VI. Verwahrung von Geldern

Für den Mandanten eingehende Gelder verwahrt die Kanzlei treuhänderisch verwahren und – IX. dieser Bedingungen – unverzüglich auf schriftliche Anforderung des Mandanten an die von ihm benannte Stelle ausbezahlen.

## VII. Mitwirkungspflichten

Der Mandant ist verpflichtet, der Kanzlei Änderungen seiner Kontaktdaten während des Mandatsverhältnisses unverzüglich mitzuteilen. Der Mandant ist verpflichtet alle für das Mandat bedeutsamen Informationen rechtzeitig und auf Anforderung in Textform zur Verfügung zu stellen die von der Kanzlei übermittelten Schreiben auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit hin zu überprüfen.

## VIII. Haftung

Die Kanzlei haftet für vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden sowie für die Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person uneingeschränkt.

Für einfach fahrlässig verursachte Schäden wird die Haftung auf 250.000,- Euro für jeden Versicherungsfall und auf 1.000.000,- Euro für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden beschränkt.

Im Übrigen ist eine Haftung ausgeschlossen.

Die berufsrechtlich vorgeschriebene Vermögensschadenhaftpflichtversicherung besteht bei der Markel Insurance SE, Sophienstr. 26, 80333 München Der Geltungsbereich erstreckt sich auf Europa.

## IX. Vergütung

Für die anwaltliche Tätigkeit aus dem Auftrag des Mandanten erhält die Kanzlei eine Vergütung entsprechend der Vergütungsvereinbarung, welche zu Beginn des Mandats geschlossen wird. Der Vergütungsanspruch der Kanzlei entsteht ausschließlich gegenüber dem Mandanten. Dem Mandanten wurde erklärt, dass die Höhe der Anwaltsgebühren gemäß RVG nach dem Gegenstandswert der übertragenen Angelegenheiten berechnet wird soweit es sich nicht um strafrechtliche Fälle oder solche aus dem Recht der Ordnungswidrigkeiten handelt

Sofern ein Stundensatz vereinbart ist, gilt dieser auch für Gesprächs-, Fahrt- und Wartezeiten des Rechtsanwalts, welche durch das Mandat verursacht werden.

Sofern in der Vergütungsvereinbarung ein zusätzlicher Faktor vereinbart wurde, werden die Gebühren zunächst nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz berechnet und anschließend mit dem vereinbarten Faktor multipliziert. Dies gilt nicht für Pauschalen und die Umsatzsteuer.

Zusätzlich zur Vergütung schuldet der Mandant die Erstattung der Ausgaben sowie der Umsatzsteuer. Kosten, welche die Kanzlei für den Mandanten verauslagt, insbesondere Gerichtskosten, Gerichtsvollzieherkosten, Gebühren, Aktenversendungspauschalen sind jederzeit auf Anforderung zu erstatten.

Die Vergütung wird mit dem Zugang der Rechnung fällig. Ein Zahlungsziel oder Skonto wird nicht gewährt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die vereinbarte Stundenvergütung nicht zwingend in voller Höhe von einem erstattungspflichtigen Dritten getragen wird.

Der Mandant tritt seine Ansprüche auf Kostenerstattung gegen die Gegenseite, die Staatskasse oder sonstige Dritte in Höhe der Forderung der Kanzlei als Sicherheit an diese ab. Die Kanzlei nimmt die Abtretung an. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, dem Mandanten zustehende Beträge mit offenen Forderungen zu verrechnen, soweit dies gesetzlich zulässig ist. Der Mandant ermächtigt die Kanzlei, den Erstattungspflichtigen über die Abtretung im Namen des Mandanten zu informieren.

## X. Kündigung

Das Mandatsverhältnis kann von beiden Parteien jederzeit gekündigt werden. Für die Kanzlei gilt dies nur, sofern die Kündigung nicht zur Unzeit erfolgt. Dies gilt nicht bei einer Kündigung aus wichtigem Grund. Im Fall einer Kündigung ohne wichtigen Grund durch den Mandanten, bleibt dieser zur Zahlung der vereinbarten Vergütung verpflichtet.

Die Kanzlei bewahrt die von dem Mandanten überlassenen Unterlagen für sechs Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem der Auftrag beendet wurde, auf. Anschließend werden die Unterlagen vernichtet.

## XI. Nutzungsrecht

Das Urheberrecht an allen Schriftsätzen und Ausarbeitungen der Kanzlei liegt bei der Kanzlei. Der Mandant erhält ein einfaches, nicht übertragbares Nutzungsrecht, welches bis zum Ausgleich des Vergütungsanspruchs widerrufen werden kann.

## XII. Online-Streitbeilegung und Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG)

Die Onlinestreitbeilegungs-Plattform der EU ist unter <https://webgate.ec.europa.eu/odr> zu finden.

Die zuständige Verbraucherstreitbeilegungsstelle ist die Schlichtungsstelle der Rechtsanwaltschaft in Berlin: <http://www.schlichtungsstelle-der-rechtsanwaltschaft.de>

## XIII. Sonstige Vereinbarungen

Vertragsgegenstand ist ausschließlich die Beratung aufgrund des Rechts der Bundesrepublik Deutschland, wenn nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wird. Die Auftragsausführung und die daraus resultierende Korrespondenz mit der Gegenseite erfolgt in deutscher Sprache.

Die Rechtsunwirksamkeit einer Bestimmung berührt die Rechtswirksamkeit der anderen Vertragsteile nicht. Die Vertragspartner verpflichten sich, eine unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die ihr im wirtschaftlichen Ergebnis am nächsten kommt und dem Vertragszweck am besten entspricht.

## Hinweise zur Datenverarbeitung

### I. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Recht Rosin

Rechtsanwalt Timm Rosin  
Groner Str. 3  
37073 Göttingen  
Deutschland

T 0551 – 288 757 90  
F 0551 – 288 757 99

web@recht-rosin.de

### II. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie deren Art, Zweck und Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer und
- weitere Informationen, soweit sie für die Geltendmachung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

### III. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

### IV. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

### V. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine formlose Mitteilung auf einem der unter I. genannten Wege.